Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.
Das „Schwedter Tageblatt" erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.

Postscheckkonto Berlin 39142.
Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schultz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schultz in Schwedt a. O.

Nummer 8 | **Dienstag, den 10. Januar 1928** | **35. Jahrgang**

Chronik des Tages.

— Unter Führung des Reichsministers a. D. Dr. Hermes begibt sich die deutsche Delegation für die Verhandlungen mit Polen am Donnerstag nach Warschau zurück.

— Woldemaras betonte in einer Unterredung mit einem polnischen Journalisten erneut, daß ohne Rückgabe des Wilnagebietes keine Wiederaufnahme der beiderseitigen diplomatischen Beziehungen möglich ist.

— Auf den Präsidenten Diaz von Nikaragua wurde ein Attentat verübt.

— Der Berliner Korrespondent des Pariser „Journal", Georges Blun, der kürzlich einen Schmähartikel über die deutschen Frauen veröffentlichte, hat jetzt den Vorsitz im Verein der Auslandspresse in Berlin niedergelegt.

— Für die Hindenburgspende, die nach den vorläufigen amtlichen Feststellungen zehn Millionen Reichsmark eingebracht hat, sind vom Saargebiet 45 000 Reichsmark aufgebracht worden.

— Zwischen Arcona und Bornholm ist ein deutscher Dampfer „St. Gertrud" gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

— In Stutrgart siegte Meister Hein Domgörgen über den schweizerischen Mittelgewichtsmeister Fred Schmidt (Zürich) in der zweiten Runde durch Niederschlag.

Litauen hält an Wilna fest.

Ohne Rückgabe des Wilnagebietes keine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen!

Die wenig glücklichen Beziehungen zwischen Litauen und Polen haben sich seit dem Schluß der letzten Ratstagung eher noch verschlechtert als verbessert. Das beweist jetzt wiederum eine Unterredung, die der litauische Ministerpräsident Woldemaras einem polnischen Pressevertreter in Kowno gewährte und in der er ausführte, Litauen wünsche zwar ein starkes Polen, es könne sich jedoch in seiner Politik nicht durch geschichtliche Erwägungen beeinflussen lassen. Litauen müsse vielmehr unnachsichtlich sein Staatsinteresse wahren. Was damit gemeint ist, erläuterte Woldemaras selbst, indem er betonte, daß Litauen den Verlust Wilnas niemals verschmerzen wird. **Es sei bereit, mit Polen über die Herstellung ausgedehnter „technischer Beziehungen" zu verhandeln, aber es müsse dabei auf den Raub Wilnas Rücksicht nehmen und könne infolgedessen Waren aus dem Wilnagebiet nicht auf dem litauischen Markt zulassen! Ebenso will Kowno zwar mit Polen den Postverkehr aufnehmen, nicht aber mit Wilna. Im übrigen erklärte Woldemaras noch, daß Wilna von allen Vergünstigungen aus einem polnisch-litauischen Abkommen ausgeschlossen werden müsse. An die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und Litauen sei überdies nur dann zu denken, wenn Litauen den polnischen Gesandten in Wilna empfangen könne!**

Ohne eine Rückgabe des Wilnagebietes will Litauen somit diplomatische Beziehungen zu Polen nicht unterhalten. Der polnisch-litauische Konflikt besteht also im wesentlichen in unverminderter Schärfe fort. Und mit der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen scheint es ebenfalls gute Weile zu haben!

*

Polen will protestieren.

Ankündigung neuer Schritte bei den europäischen Großmächten.

Die polnische Presse legt den Ausführungen des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras große Bedeutung bei und glaubt, daß mit einem Beginn der für Januar geplanten Verhandlungen zwischen Warschau und Kowno in absehbarer Zeit nicht mehr gerechnet werden kann. Im Warschauer Außenministerium scheint man durch diese Entwicklung reichlich nervös geworden zu sein und mit der Absicht umzugehen, bei den Großmächten neue Schritte zu unternehmen. Nach Mitteilungen Warschauer Blätter sollen die Großmächte Litauen auffordern, Polens Recht auf den Memelstrom zu respektieren und in Zukunft dem polnischen Holztransport nach Memel keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten.

*

Fortsetzung der Verhandlungen mit Polen.

Rückkehr der deutschen Delegation nach Warschau. — Abschluß eines kleinen Handelsvertrages bis zum Frühjahr?

Unter Führung des früheren Reichsministers Dr. Hermes begibt sich am Donnerstag die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen zur Wiederaufnahme der durch die Feiertage unterbrochenen Verhandlungen nach Warschau zurück. Die nächsten Besprechungen betreffen vor allem die Frage der Einfuhrkontingente und die Zollsätze. Deutscherseits wird auf die Vereinbarung eines sogenannten kleinen Handelsvertrages hingearbeitet, der den Verkehr mit den wichtigsten Handelsgegenständen zwischen beiden Ländern regelt und bis zum März zum Abschluß gebracht werden soll. Der Ausbau dieses Vertrags zu einem umfassenden Wirtschaftsabkommen soll den Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden. Neben den Verhandlungen über den Handelsvertrag soll auch noch über die Frage des Niederlassungsrechtes debattiert werden; auch hier hofft man bis zum Frühjahr zu einem positiven Abschluß gelangen zu können.

Washington winkt ab.

Die amerikanische Presse beschäftigt sich mit der zu erwartenden Antwort Kelloggs auf die letzte Note des französischen Außenministers Briand und berichter aus Washington, man erwarte dort, daß Kellogg in seiner Antwort auf die Schwierigkeiten hinweisen wird, die die Erläuterung des Begriffs „Angriffskrieg" bietet. Staatssekretär Kellogg werde Frankreich darauf aufmerksam machen, daß Amerika einen Vertrag, der einen derartigen Ausdruck enthält, niemals unterzeichnen kann! Sollte Briand darauf nicht auf seine Aenderung verzichten und sich zur Aechtung des Krieges schlechthin — also nicht nur des Angriffskrieges — bekennen, dann dürften die Verhandlungen damit als endgültig gescheitert angesehen werden.

Attentat auf den nikaraguanischen Präsidenten.

Das Auto des Präsidenten Diaz von 30 Verschwörern überfallen und entkommen.

Amerikanischen Meldungen zufolge ist in Managua auf den Präsidenten Nikaraguas, Diaz, ein Anschlag verübt worden. Als Diaz mit seinem Auto von einer Kaffeeplantage zurückkehrte, stellten sich ihm etwa 30 Verschwörer entgegen, die das Auto zum Halten bringen wollten. Der Chauffeur besaß jedoch die Geistesgegenwart, sie einfach über den Haufen zu fahren, worauf die Verschwörer hinter dem Auto herschossen. Eine sofort ausgeschickte Kavallerieabteilung nahm die Verfolgung der Attentäter auf.

*

Die argentinische Völkerbundsliga hat dem amerikanischen Botschafter ein Schreiben überreicht, in dem die Vereinigten Staaten um die Einstellung ihrer militärischen Operationen in Nikaragua ersucht werden.

Ein Jahr Barmat-Prozeß.

Statistische Blütenlese: 157 Verhandlungstage — 450 Zeugen- und Sachverständigen-Vernehmungen — 230 000 M. Kosten.

Am 11. Januar läuft das erste Jahr des Barmatprozesses ab. Von dem Umfang des Prozesses und der dabei bewältigten Arbeitslast gibt eine statistische Uebersicht ein Bild, die jetzt von amtlicher Seite veröffentlicht wird. Danach ist bisher an 157 Tagen verhandelt worden, so daß sich unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Sitzungszeit von täglich 5 Stunden eine Verhandlungsdauer von insgesamt 785 Stunden ergibt. In der Hauptverhandlung sind bisher 400 Zeugen und 50 Sachverständige vernommen worden. Die Richterbank ist mit 2 Berufsrichtern und 2 Schöffen besetzt, ferner sind während des ganzen Prozesses als Ersatz für Ausfälle 3 Ersatzrichter und 6 Hilfsschöffen hinzugezogen worden. Die Anklage wird von fünf Staatsanwälten vertreten. Als Verteidiger für die 11 Angeklagten sind 17 Rechtsanwälte tätig. Die Akten sind nach und nach auf

70 Hauptbände und 1000 Nebenbände

angeschwollen. Die Anklage allein umfaßt 648 Druckseiten. Bisher wurden 59 schriftliche Gutachten von Sachverständigen erstattet. Die Protokolle der Hauptverhandlung füllen 7 Aktenbände mit 2800 Seiten. **Die Kosten des gesamten nunmehr 3 Jahre dauernden Strafverfahrens betragen etwa 230 000 Mark.** Daraus sei folgendes hervorgehoben: Die Drucklegung der Anklage hat etwa 10 000 M. gekostet. Durch die Hauptverhandlung sind bisher an Kosten entstanden: für richterliche Beamte etwa 26 000 M., für Staatsanwälte etwa 17 000 M. und für Schöffen und Geschworene etwa 9000 M. Für Zeugen und Sachverständige sind in der Hauptverhandlung bisher etwa 22 000 M. verauslagt worden.

Die an dem Verfahren beteiligten Richter und Staatsanwälte mußten, da sie für diesen Prozeß fast ausschließlich zur Verfügung gestellt wurden, in ihren sonstigen Dienststellen durch Hilfsarbeiter vertreten werden. Daraus ergaben sich die oben angeführten Personalkosten. Die Schöffen erhalten für jede versäumte Stunde 1,50 M., sowie 3 M. für Wegversäumnis pro Sitzungstag. Zwei Schöffen, denen durch Vertretungen besondere Kosten erwachsen, erhalten 70 bezw. 60 M. für jede Woche.

Die Berufung im Prozeß Tresckow.

Die Vergleichsverhandlungen zwischen den Parteien gescheitert.

Am Montag eröffnete das Berliner Landgericht die Berufungsverhandlung in dem von dem Komtur des Jungdeutschen Ordens von Tresckow gegen Major a. D. Badicke angestrengten Beleidigungsprozeß. Hierbei handelt es sich bekanntlich um den gegen den Gutsbesitzer von Tresckow erhobenen Vorwurf des Vertrauensbruchs. Als Zeuge war u. a. Reichsinnenminister Dr. v. Keudell geladen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Minister gebeten worden sei, nach telephonischer Verabredung vor dem Gericht zu erscheinen, sobald das nötig sei. Der eigentlichen Gerichtsverhandlung gingen Vergleichsverhandlungen voraus, doch scheiterten diese, weil v. Tresckow volle Rehabilitierung durch den Vergleich verlangte; im anderen Falle will er den Prozeß bis zum Ende durchführen. Das Gericht legte darauf eine kleine Pause ein und begann nach Wiedereröffnung der Sitzung mit der Vernehmung des Majors a. D. Badicke.

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Auf Beschluß des Gerichtshofs wurde während der Vernehmung des Angeklagten die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Politische Rundschau.

— Im Alter von 73 Jahren starb der frühere Bürgermeister von Hamburg, Stolten, der der Sozialdemokratie angehörte.

*

:: **Gallardo Ehrendoktor der Bonner Universität.** Der argentinische Außenminister Dr. Gallardo traf von Berlin kommend in Bonn ein. In Anerkennung seiner wissenschaftlichen Verdienste wurde ihm dort von der Universität in feierlicher Form die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Dr. Gallardo dankte in deutscher Sprache. Von Bonn aus begab sich der Außenminister Argentiniens nach Paris.

Friedenshoffnungen in Peking.

— **London,** 10. Januar. Wie die Blätter aus Peking berichten, hat der Führer des Nordens, Marschall Tschangtsolin, erklärt, aller Wahrscheinlichkeit nach werde bald wieder Frieden in China herrschen. Der Norden hätte mit dem Süden einen Waffenstillstand vereinbart und wolle diesen zu Friedensverhandlungen benutzen. Dem steht jedoch eine Erklärung Tschangkaischeks gegenüber, in der die Fortsetzung des Kampfes gegen Peking angekündigt wird. Nach einem endgültigen und erfolgreichen Abschluß dieser Aktion will sich Tschangtsolin ins Privatleben zurückziehen.

Ausland

* Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, gab zu Ehren des in Rußland weilenden japanischen Delegationsführers Graf Goto ein Essen.

* Das türkische Parlament hat den Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei genehmigt.

* Der König von Afghanistan traf, von Kairo kommend, in Rom ein, wo er vom italienischen König und Mussolini empfangen wurde.

*

Das hilfebedürftige Frankreich.

* Der frühere Unterstaatssekretär im Washingtoner Schatzamt Andrews erklärte, eine Herabsetzung der Reparationen und der Kriegsschulden sei notwendig. Bei dieser müßten in erster Linie Frankreich, Belgien und